

als Beliebigkeit, wie Parteikritiker meinen könnten, sondern tatsächlich als Flexibilität, somit als jene „Eigenschaft“, wie der Duden bestimmt, derzufolge sich die Partei „leicht bewegen lässt“. Dies muss nicht zwingend zum *Umkippen* führen, wenngleich die, wenn man es so auszudrücken wünscht, Gefahr hierzu besteht.

In Switeks Buch ist – angesichts des gewählten methodischen Ansatzes nicht überraschend – häufig von „Spielen“ die Rede, etwa von *Koalitionsspielen*, *Routinespielen*, *Farbenspielen* oder von *Innovationspielen*. Die Strapazierung der Anleihe an das „Spiel“ ist analytisch letztlich wenig dienlich; das Buch bietet explikativ kaum Momente, die über Bekanntes oder Naheliegendes hinausweisen. Dies ist nicht dem Autor, sondern dem Gegenstand zuzuschreiben, der letztlich auf eine Beschreibung innerparteilicher politischer Realität und Machtverwirklichung verpflichtet. In der Untersuchung finden sich entsprechend diverse wenig überraschende Schlüsse. Auf der vorletzten Seite des Textes heißt es etwa: „Den neuen Koalitionen kommt zunächst ein Präzedenzfall-Charakter zu. Mit den ersten Sondierungen und der Umsetzung erster Bündnisse in einer bestimmten Farbkonstellation sinkt in der Folge der innerparteiliche Widerstand. Der Charakter des Neuen schleift sich ab, das Modell etabliert sich und wird einfacher umzusetzen“ (S. 356). Dies ist so zutreffend wie augenscheinlich. Umfassend erweist sich der Wert der Studie im Deskriptiven und in der Sammlung von Information, die einen relevanten Einblick in das Innenleben von Bündnis 90/Die Grünen ermöglicht. Hierzu gehören die geführten und zitierten Interviews, etwa mit Landesvorsitzenden in der Partei. An Switeks Buch ist dann nicht vorbeizukommen, wenn man sich mit der einst rebellisch-romantisch anmutenden grünen Partei auseinandersetzen sucht, und zwar deswegen, weil es lehrreich und mit weitreichender Recherche auf die Bedingungen und Einflussfaktoren verweist, welche die Koalitionsrealität der Grünen bestimmen. Dies macht das Buch zu einem relevanten Titel für die Parteien- und Koalitionsforschung bundesrepublikanischer Gegenwartspolitik.

Dr. des. Christoph Sebastian Widdau

Vielhaber, Barbara: Mitgliederpartei oder Professionalisierte Wählerpartei, Springer VS, Wiesbaden 2015, 233 S., ISBN 978-3-658-08127-0, € 59,99.

In ihrer Dissertation „Mitgliederpartei oder Professionalisierte Wählerpartei“ greift Barbara Vielhaber die Party-Change-Debatte auf, rückt die Mandatsträ-

ger/innen der SPD und CDU in Nordrhein-Westfalen bzw. deren Parteiorganisationsverständnis in den Mittelpunkt und geht so zwei Leitfragen nach: „1) Welche Grundannahmen der Parteienwandeldebatte und welche wesentlichen Charakteristika der unterschiedlichen Modelle lassen sich aus Sicht politischer Mandatsträger/innen bestätigen oder verneinen? 2) Welche normativen Positionen und Erwartungen werden im Kontext Professionalisierung und Mitgliederorientierung von den politischen Akteuren vertreten?“ (S. 13).

Nach einer Einleitung wird allerdings nicht, wie zu erwarten wäre, die parteientypologische Forschung aufgegriffen, sondern zunächst (zu) umfassend der „Wandel seit den 60er Jahren als Hintergrund der Parteienwandelforschung“ (S. 17 ff.) thematisiert. In diesem Kapitel führt die Autorin aus, welcher Gesellschaft und welchen strukturellen Arbeitsbedingungen Mandatsträger/innen nunmehr gegenüberstehen. Angesprochen werden u.a. Milieu- und Ideologieverlust, gesellschaftlicher Wandel und das Politiker-Image sowie Veränderungen durch die Mediengesellschaft bzw. durch die Professionalisierung der Politik. Erst auf Seite 73 der gut 200 Seiten starken Dissertation kommt die Autorin auf das eigentliche Objekt ihrer Untersuchung zu sprechen, die verschiedenen Organisationsmodelle politischer Parteien. Aus ihrer Sicht bilden dabei die Mitgliederpartei und die professionelle Wählerpartei zwei sich gegenüberstehende Extremtypen, wobei sie die von ihr selbst herausgestellte Dichotomie mit einem dritten Parteienmodell, der Kartellpartei, durchbricht. Dieser Bruch ist systematisch unglücklich und verdeutlicht das Problem des Kapitels: Die drei Modelle werden nacheinander einzeln besprochen, eine echte vergleichende Betrachtung bzw. eine Abstrahierung des Gegensatzes Mitglieder vs. Berufspolitiker unter Berücksichtigung weiterer, aktueller Parteitypen, zudem fokussiert auf die später zu untersuchenden Teilaspekte von Parteien, fehlt weitgehend. Lediglich eine Tabelle am Ende des Kapitels deutet einen Vergleich der nunmehr drei Modelle an. Dies ist bedauerlich, da gerade der Modellvergleich die Gelegenheit gegeben hätte, klare Thesen für die empirische Analyse zu entwickeln. Allerdings, dies ist positiv herauszustellen, werden die drei Modelle systematisch auf vier übliche, gleichwohl nicht theoretisch abgeleitete Dimensionen geprüft (Bedeutung von Mitgliedern; Handeln von Mandatsträgern/innen; Kräfteverhältnis innerhalb der Organisation; Bedeutung der Parteien im politischen System). Auf diesen konzeptionellen Teil folgt eine breitere Betrachtung der parteilichen Selbstverständnisse von SPD und CDU, die Gegenstand der späteren empirischen Untersuchung sind.

Überraschend ist dabei, dass im Gegensatz zum Nordrhein-Westfalen-Fokus der empirischen Untersuchung in diesem Kapitel nur die Bundesparteien, nicht jedoch die eigentlich interessierende Landesebene thematisiert wird. Nach der zusammengeführten, mit Blick auf die breite Parteienliteratur erwartbaren Erkenntnis, dass die deutschen Parteien allen Problemen zum Trotz weiterhin um Mitglieder werben (S. 156), steht im letzten Viertel des Buches die eigentliche empirische Forschungsarbeit an. Dabei handelt es sich um die Auswertung einer telefonischen Befragung von Landtags- und Bundestagsabgeordneten sowie von Mitgliedern des Europäischen Parlaments von SPD und CDU aus Nordrhein-Westfalen. Positiv fällt die Entscheidung für eine Telefonbefragung auf, da nur so sichergestellt werden kann, dass tatsächlich die Mandatsträger/innen (und nicht die Mitarbeiter) die Fragen beantworten. Die Fall- bzw. Ebenenauswahl wird allerdings nur zum Teil begründet und führt zu der schwierigen Situation, dass einerseits nur Abgeordnete eines Bundeslandes, andererseits aber aller drei Parlamentsebenen (EP, BT, LT) befragt werden. Dies ist zumindest für die europäische Ebene höchst problematisch, da die geringe Zahl an Befragten (realisiert wurden vier Befragungen von MdEPs) eigentlich keine Untersuchung zulässt – gleichwohl wird diese Gruppe im empirischen Teil bisweilen separat ausgewiesen. Das Ziel einer „belastbaren [...] Datenbasis“ (S. 13) kann so nicht erreicht werden, und auch die Generalisierbarkeit der Ergebnisse ist fraglich. Verlässlicher ist die Datenbasis für die beiden verbleibenden Parlamentsebenen, wenngleich die Entscheidung, Abgeordnete aller drei Ebenen von nur einem Bundesland zu befragen, letztlich nicht überzeugt. Dies gilt auch für den empirischen Teil der Untersuchung selbst. So macht sich der Mangel an (Hypo-)Thesen bemerkbar, vor allem aber, und dies ist die größte Schwäche, verbleibt die Analyse im Deskriptiven. Dargestellt werden ausschließlich Häufigkeitsverteilungen, weitergehende analytische Verfahren finden keine Anwendung. Dazu kommt, dass die Auswertungen unterschiedlich vorgenommen werden: Die Verteilungen werden entweder gar nicht oder aber nach Parlamentsebene, Mandatsart oder Partei differenziert. Hier wären detaillierte, multivariate Analysen hilfreich. In der vorliegenden Form verschenkt die Autorin leichtfertig einen empirischen Erkenntnisgewinn, den die eigentlich vielversprechende und solide erhobene Datengrundlage bietet. Alles in allem ist festzuhalten, dass die Arbeit zwar viele konzeptionelle und empirische Schwächen aufweist, sie aber der interessierten Leserin bzw. dem interessier-

ten Leser dennoch einen zumindest partiellen Einblick in das Spannungsverhältnis berufspolitischer Mandatsträger/innen vs. ehrenamtliche Parteibasis bietet, wobei viele in der Literatur diskutierte Annahmen und Befunde bestätigt werden.

Dr. Sebastian Bukow